

12. Wahlperiode

Plenar- und Ausschußdienst

Inhalts-Protokoll

Ausschuß für Stadtplanung
und Stadtentwicklung

11. Sitzung
23. 10. 1991

Beginn: 16.03 Uhr

Vorsitz: Abg. Gardain (SPD); ab 17.25 Uhr Abg. Dr. Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

siehe Beschlußprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht des Senators für Stadtentwicklung
und Umweltschutz über Stand der regionalen
Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin
und dem Land Brandenburg

Sen Dr. H a s s e m e r (StadtUm) regt eine kurze Behandlung
des Tagesordnungspunktes an, da er gegenüber der vergangenen Sit-
zung nichts Neues berichten könne. - Auf die Frage des Abg.
W i t t w e r (CDU), ob Berlin und Brandenburg eine Einigung hin-
sichtlich der Güterverkehrszentren erzielt hätten, teilt er mit,
die Standortvarianten seien sehr weit abgestimmt, aber es liege
kein endgültiges Ergebnis vor.

Punkt 5 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne
über Erarbeitung und Umsetzung eines
ökologischen und dezentralen Güter-
verkehrskonzeptes für den Großraum Berlin
- Drs 12/160 -

Vors. G a r d a i n verweist auf den soeben vorliegenden Ände-
rungsantrag der Regierungsfractionen.

Abg. L e h m a n n (Bü 90/Grüne) nimmt nach erster Durchsicht an, der Änderungsantrag teile grundsätzlich das Anliegen des Antrags seiner Fraktion; in Absatz 1 fehle das Wort "dezentral", womit eine unzulässige Abschwächung verbunden sei. Warum hätten die Regierungsfractionen einen Änderungsantrag vorgelegt?

Abg. H i l s e (SPD) macht darauf aufmerksam, daß der Begriff "dezentral" in der Überschrift enthalten bleibe. Ein Güterverkehrskonzept sehe eine Vielzahl von Verteilzentren vor, damit sei die Intention klar. - In Absatz 1 des Änderungsantrags habe man als Zielorientierung die Reduzierung des Lkw-Fern- und Lieferverkehrs in der Innenstadt angegeben. Ferner habe man in den Änderungsantrag aufgenommen, daß die Berliner Häfen in das Konzept einzubeziehen seien. Die Intention des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Grüne teile man.

Abg. W i t t w e r (CDU) regt an, in Absatz 3 des Änderungsantrag nach "ein Hafenkonzert für Berlin" "in Abstimmung mit dem Bund" einzufügen, da es sich um Bundeswasserstraßen handle.

Sen Dr. H a a s e (VuB) erklärt, in bezug auf das Hafenkonzert stehe man in einem ständigen Gespräch mit dem Bund, wegen der Bundeswasserstraßen und der Hafenanlagen sei der Bund beteiligt, so daß dieser Hinweis ergänzt werden könne.

Abg. L e h m a n n erklärt, er stimme dem Änderungsantrag zu, wenn diese beiden Änderungen aufgenommen würden.

Der A u s s c h u ß stimmt dem Änderungsantrag zu.

Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne
über den befristeten Baustopp an der
U 8 zugunsten der schnellstmöglichen
Wiederinbetriebnahme durch den Mauerbau
stillgelegter U- und S-Bahnstrecken
- Drs 12/211 -

Abg. L e h m a n n (Bü 90/Grüne) verweist auf die ausführliche Diskussion in den letzten Monaten; die Mittel seien gegenwärtig sinnvoller für den S-Bahnring und die Lückenschließungen zwischen Berlin und dem Umland zu nutzen. Er bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Abg. V o g t (CDU) kann dem Antrag und seiner Begründung nicht folgen; er sei gegen einen Baustopp. Es sei wenig sinnvoll, wenige Meter vor einem Zielbahnhof die Baumaßnahme zu stoppen. Seit über 20 Jahren warteten die Bewohner des Märkischen Viertels auf eine umweltfreundliche Anbindung an die Innenstadt. Nun solle dies in einem "Schildbürgerstreich" erneut verzögert werden.

Abg. H i l s e (SPD) stimmt dem Vorredner zu; ein Baustopp sei eine Pseudo-Sparmaßnahme, da er möglicherweise insgesamt höhere Kosten verursache als der Weiterbau. Vielmehr müsse diese Linie wie die nach Pankow schnellstmöglich fertiggestellt werden.

Abg. W i t t w e r (CDU) betont, die Linie U 8 müsse mit der S-Bahn verknüpft werden, da sie ansonsten wenig sinnvoll sei. Deshalb lehne er diesen Antrag ab.

Vors. G a r d a i n gibt zu bedenken, daß eine ingenieurtechnische Großruine als Folge des Baustopps nicht im Sinne der Antragsteller liegen könne.

Der A u s s c h u ß empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Punkt 7 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne
über Einleitung der Planfeststellungsverfahren für die zweigleisige Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 und 4 bis
spätestens zum 1. Juli 1991
- Drs 12/220 -

verbunden mit

Punkt 9 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV
über Verlängerung der Straßenbahn durch das Märkische Viertel
- Drs 12/551 -

Vors. G a r d a i n verweist auf einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen, der sich auf beide Anträge der Fraktion Bündnis 90/Grüne beziehe.

Abg. L e h m a n n (Bü 90/Grüne) stimmt dem Änderungsantrag inhaltlich zu, doch ersetze er nicht die beiden vorliegenden Anträge, die sich auf konkrete Maßnahmen bezögen. Der Sinn der Straßenbahnverlängerungen zum U-Bahnhof Osloer Straße und zum Märkischen Viertel auch als Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger sei nach den vielen Diskussionen als bekannt vorauszusetzen.

Abg. H i l s e (SPD) ist der Auffassung, daß die Straßenbahn in Berlin eine herausragende Rolle behalten bzw. im Westteil erhalten solle und möglichst viele Verbindungen zwischen den Stadthälften zu schaffen seien. Aber eine Vielzahl von kleineren Einzelanträgen vor einem Konzept sei wenig sinnvoll, so daß man diesen Ersetzungsantrag formuliert habe. Daß dieses Konzept bisher nicht vorliege, sei kritisch anzumerken.

Sen Dr. H a a s e (VuB) hält die Behandlung der Straßenbahnlinien in einer gemeinsamen Konzeption für sinnvoll. Das Konzept habe er aber angehalten, weil die Verbindung der beiden Stadthälften zu einer einheitlichen schienenorientierten Nahverkehrspolitik noch nicht deutlich genug herausgearbeitet worden sei. Das Straßenbahnkonzept liege in absehbarer Zeit vor. In bezug auf die Straßenbahn in das Märkische Viertel verträten Gutachten die Auffassung, daß die verkehrliche Leistung eine Straßenbahnbindung nicht hergebe. Die Linie 3 sei unstrittig, hinsichtlich der Linie 4 gebe es in bezug auf die Invalidenstraße noch offene Fragen.

Abg. W i t t w e r (CDU) fragt, ob der im Änderungsantrag vorgesehene Termin realistisch sei. - Alle Schienenverkehrssysteme müßten zu einem Gesamtnetz verknüpft werden, so daß sie sich gegenseitig stützten. Dabei könne man nicht vorschnell einzelne Linien herausgreifen. Für diese besonderen Linie sei eine Umwandlung in einen Prüfauftrag vorzunehmen.

Sen Dr. H a a s e sagt die Einhaltung dieses Termins zu.

Abg. V o g t (CDU) regt an, in bezug auf das Märkische Viertel das Fließen der Verkehrsströme mit einzubeziehen, damit die Bevölkerung die benötigten Angebote erhalte und verkehrswirksame Erleichterungen entstünden. Die Planung für die Weiterführung der U-Bahn in das Zentrum des Märkischen Viertels sei noch von anderen Voraussetzungen ausgegangen.

Vors. G a r d a i n merkt an, es liege auf der Hand, daß die Bewohner des Märkischen Viertels vor allem mit der U-Bahn zum Alexanderplatz und nicht mit der Straßenbahn nach Rosenthal führen.

Abg. L e h m a n n stellt fest, daß Sen Haase nichts gegen die Verlängerung der Linie 3 und die Verknüpfung der Verkehrsträger eingewendet habe. Man könne ein Netz auch unabhängig von seiner späteren Größe an einer Stelle knüpfen; unstrittig könne diese Linie über die Brücke geführt werden könne, so daß das Verfahren einzuleiten sei. Er bitte deshalb, wenigstens der Verlängerung der Linie 3 zuzustimmen.

Abg. W i t t w e r hebt hervor, daß der von den Regierungsfraktionen vorgelegte Ersetzungsantrag der umfassendere sei; er bitte um Abstimmung.

Abg. B e r g e r (Bü 90/Grüne) besteht auf getrennter Abstimmung der verschiedenen Anträge.

Sen Dr. H a a s e weist darauf hin, daß beide Anträge im Straßenbahnkonzept enthalten seien; eine getrennte Abstimmung sei ihm unverständlich.

Der A u s s c h u ß stimmt dem Antrag der CDU- und SPD-Fraktion, der den Antrag Drucksache 12/220 ersetzen solle, zu. Er stimmt ferner zu, daß dieser Antrag der CDU- und SPD-Fraktion den Antrag Drucksache 12/551 ersetze.

Punkt 8 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne
über Verzicht auf die Bahnsteig-
verlängerungen der U-Bahnlinie 6
- Drs 12/221 -

Abg. B e r g e r (Bü 90/Grüne) fordert, die an sich notwendigen Bahnsteigverlängerungen zugunsten der Lückenschließung zwischen Tegel und Hennigsdorf zurückzustellen. Der Schienenverkehr auf der U 6 solle verdichtet und die Zuglänge zurückgenommen werden; die damit freiwerdenden Gelder bewegten sich in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe.

Abg. H i l s e (SPD) beantragt Nichtbefassung mit diesem Antrag und Weitergabe an den Verkehrsausschuß.

Abg. B e r g e r stimmt dem zu, doch sollten sich die Regierungsfractionen dies künftig früher überlegen; seine Fraktion habe die Überweisung in den Stadtentwicklungsausschuß nicht beantragt.

Der A u s s c h u ß stimmt dem Antrag auf Nichtbefassung zu.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV
über Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs
für das Gebiet Potsdamer Platz/
Leipziger Platz
- Drs 12/132 -

verbunden mit

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs über
Bericht des Senators für Stadtentwicklung
und Umweltschutz zum Wettbewerb
Potsdamer Platz/Leipziger Platz
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne)

und

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs über
Verzerrung des Wettbewerbsverfahrens
Potsdamer Platz
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Abg. B e r g e r (Bü 90/Grüne) stellt fest, der Antrag seiner Fraktion habe sich aufgrund der späten Behandlung weitgehend erledigt. Die Forderung nach einem offenen Wettbewerb finde ihre Bestätigung, da nach Abschluß des geschlossenen Wettbewerbs ein neuer Entwurf in die Diskussion gebracht werde, den die CDU-Fraktion sehr ernst nehme und berücksichtigt sehen möchte. In einem offenen Wettbewerb hätte man auch den Entwurf von Rogers in das Verfahren einbeziehen können. Die nachträgliche Berücksichtigung weiterer Entwürfe schaffe eine unklare und für die Stadtentwicklung fatale Verfahrens- und Entscheidungssituation. - Das Wettbewerbsergebnis müsse verbindlich sein; es genüge nicht, seinen "Geist" zu respektieren, wie ein Senator formuliert habe, und damit die stadtplanerische Diskussion unkontrolliert beliebigen Interessenansprüchen zu öffnen. - Sei das Wettbewerbsergebnis verbindlich? Wie werde mit den Empfehlungen des Preisgerichts umgegangen, insbesondere zur Zurücknahme der Bebauungsmasse und zur Verkehrsplanung?

Sen Dr. H a s s e m e r (StadtUm) ist nicht verwundert, daß über die Gestaltung dieses Ortes öffentlich gestritten werde. Auch ein offener Wettbewerb hätte dies nicht vermieden; denn bei einer Beteiligung Rogers hätten die Investoren das Juryurteil wohl nicht

akzeptiert, sofern er nicht den 1. Preis erreicht hätte. Allerdings wäre bei einem 1. Preis für Rogers vermutlich ein relativer Friede eingetreten.

Nach der Wettbewerbsausschreibung sollten die Entwürfe für den Potsdamer/Leipziger Platz eine Verknüpfung der beiden Stadtmitten herstellen und dies für die Kommunikation und den Verkehr z.B. hinsichtlich der Leipziger und Potsdamer Straße entsprechend umsetzen. Zudem habe man einen Entwurf in der stadträumlichen Tradition dieses Ortes gefordert und verlangt, daß der Durchgangsverkehr nicht mehr durch dieses Zentrum, sondern darunter hindurch oder darum herum geführt werde. Für den gleichberechtigten Erschließungsverkehr sollte zwischen IV und ÖV ein Verhältnis von 20:80 angestrebt werden, verbunden mit einer umfangreichen Erschließung für den Schienenverkehr. Als Regionalbahnhof habe man den Potsdamer Personenbahnhof festgelegt, verbunden mit dem Parkraum. Das Oktogon sollte in seinen Ausmaßen erhalten bleiben.

Im folgenden stelle er die Wettbewerbsvorschläge anhand verschiedener Dia-Aufnahmen vor: Der 2. Preisträger, Ungers, habe in die Traufhöhenstruktur der alten Stadt 200-m-hohe Hochhäuser gesetzt, die der Jury zu unkontrolliert und zu intensiv in der Wirkung erschienen seien, während man das Grundmuster der Stadtstruktur sehr gelobt habe. - Der 3. Preisträger, Steidler, habe den gesamten Bereich in eine In-door-Situation gebracht bzw. zu einem Haus gemacht; seine bescheidenen Hochhäuser seien wegen der fehlenden städtebaulichen Notwendigkeit kritisiert worden. - Der Hochhausentwurf Kollhoffs in seinen die Innenstadt beherrschenden Dimensionen und der wohl genialste und im positiven Sinn "chaotischste" Entwurf Libeskind's seien am heftigsten diskutiert worden. Manche in der Jury hätten sich insbesondere mit diesen beiden Entwürfen anfreunden können. - Der Wettbewerbssieger, Hilmer und Sattler, habe die traditionelle Stadtstruktur und die Berliner Blockstruktur aufgenommen, aber mit einer Höhe von 35 bis 40 Metern neuartig umgesetzt. In der Abfolge von Gassen und Plätzen seien differenzierte Stadtsituationen möglich. Die Gebäude am Potsdamer Platz lägen mit einer Höhe von 70 Metern und 17 Stockwerken knapp unter der Linie des Europa-Centers und nicht weit unter anderen Entwürfen.

Die Jury habe am Entwurf von Hilmer/Sattler einiges als überarbeitungsbedürftig angesehen. Obwohl er hinsichtlich des Verkehrs zur Spitzengruppe der Entwürfe gehöre, habe man den großen Andrang von Verkehr in Richtung Brandenburger Tor und die Führung des Ost-West-Verkehrs über den Potsdamer/Leipziger Platz für problematisch gehalten. Zweitens habe man die Wasserlinie angesichts der benachbarten natürlichen Wasserläufe zugunsten einer reinen Parkanlage für verzichtbar gehalten. Drittens hätten Jurymitglieder darauf hingewiesen, daß die GFZ von 4,89 höher als in der Ausschreibung vorgesehen sei und zu einer außerordentlichen Dichte führe. Der Vorwurf kleinstädtischen Bauens treffe nicht, denn es gebe kaum eine dichtere Bebauung; der Entwurf erreiche spielend die GFZ der Hochhäuser Kollhoffs.

Zu betonen sei, daß der Entwurf ein stadträumliches bzw. Ordnungsmodell sei, das Entwicklungsspielräume für Architektur abstecke, aber nicht Architektur herstelle. Es sei nahezu beleidigend für Hilmer und Sattler, wenn angenommen werde, daß die für die Darstel-

23. 10. 91

lung einer Baumassensituation benutzten Blöcke die spätere Bebauung zeigten. - Er habe Wert auf die Anwesenheit der Investoren bei den Jurysitzungen gelegt, damit sie durch das Miterleben der Gedankengänge der Jury den Konzepten näher stünden; am Abend des Wettbewerbs habe er auch die Zufriedenheit der anwesenden Investorenvertreter bemerken können. Die Kritik sei erst aus der distanzierten Sicht des Entfernten gekommen, so daß sein Konzept der Investoreneinbindung nicht gut zu Ende gegangen sei.

Am Beginn des Bebauungsplanverfahrens und des Architekturwettbewerbs bestehe nun die Aufgabe darin, mit Hilmer und Sattler eine Architektur für dieses Jahrzehnt zu ermöglichen. Deren Ordnungsmodell eröffne in besonderer Weise Spielräume, weil es eine klare, unpräventöse Ordnung herstelle; diese Spielräume seien nun in harter Arbeit und in Auseinandersetzung mit Hilmer und Sattler auszunutzen. Arbeite man so zügig und zielstrebig weiter, wie es ihm in den letzten Monaten mit der Durchführung des Wettbewerbs und der Zustimmung aller behördlichen Vertreter zum Wettbewerbsergebnis gelungen sei, könne man in zwei Jahren mit dem Bauen beginnen.

Abg. S i m o n (CDU) teilt mit, daß die CDU-Fraktion am vorigen Tag auf einer Sondersitzung diesen Problembereich ausführlich und differenziert diskutiert habe. Die Pressemeldungen beispielsweise im "Tagespiegel", die offensichtlich auf Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden basierten, gäben dezidiert nur einen, und zwar den geringeren Teil der Diskussion wieder. Die Pressemeldung des 1. parlamentarischen Geschäftsführers, Herrn Liepelt, vom heutigen Tag sei falsch. In ihr werde behauptet, daß sich die CDU-Fraktion von dem Entwurf Hilmers und Sattlers distanziert sowie gegen Sen Hassemer gestellt habe, weil erhebliche Zweifel beständen, daß diese Pläne eine geeignete Grundlage für eine unverwechselbare Architektur am Potsdamer Platz seien. - Soeben sei es zu einer heftigen Diskussion gekommen, weil die stellv. Pressesprecherin der Fraktion versucht habe, eine mit dem zuständigen Arbeitskreis abgestimmte Presseerklärung zu verhindern, die diese Darstellung korrigiere. Das betrachte er als den Versuch einer Manipulation bzw. als den Versuch, einen Maulkorb zu verhängen.

Nicht jedes Wettbewerbsergebnis sei unbesehen zu übernehmen, wie die Auseinandersetzung um den Kleihues-Entwurf für das gegenüber dem Theater des Westens liegende Grundstück zeige. Aber es seien gute und erhebliche Gründe sowie alle Vorsicht nötig, wenn Wettbewerbsergebnisse im nachhinein von der Politik anders gesehen und bewertet würden; das dürfe nicht zur Regel werden. - In bezug auf den Entwurf von Hilmer und Sattler sei hervorzuheben, daß es sich nicht um einen Architekturentwurf, sondern die geforderte Baumassenverteilung handle. Das werde weithin verkannt und führe zu erheblichen Schwierigkeiten in der öffentlichen Diskussion. Er gehe davon aus, daß es für jeden dieser Blöcke einen Architekturwettbewerb gebe.

Maßstab für die Beurteilung sei die Verbindung zwischen dem alten Berliner Zentrum und dem neuen Zentrum im Westen. An dieser Stelle könne Berlin nicht auf der Basis einer Hochhausstadt weiterentwickelt werden. Selbst die hervorragende Hochhausarchitektur von Chicago entspreche nicht seiner Vorstellung von einer europäischen Stadt bzw. von Berlin. - In Washington habe man darauf geachtet,

daß nicht höher als das Capitol gebaut werde. Verschwinde der Reichstag neben einer Hochhausarchitektur am Potsdamer Platz, werde das zum Zeichen dafür, daß der Kommerz und nicht die Demokratie regiere. - Die enormen Probleme derartiger Planungen seien kaum zu bewältigen. Hilmer und Sattler hätten hingegen die großen Baumassen geschickt verteilt.

Er nenne nun die von Abg. Lobeck in der gestrigen Fraktionssitzung vorgelegten Punkte, die mit Ausnahme desjenigen zum Hochhausbau unbeanstandet geblieben seien. Demnach müsse der Bereich um den Potsdamer Platz zu einem der unverwechselbaren europäischen Stadtplätze werden; das erfordere auch den Mut zu einer markanten Stadtgestaltung und die Entwicklung einer einzigartigen Architektur. Ebenso stimme man der Forderung zu, daß der Potsdamer Platz als Stadtplatz ein Erlebnisraum mit einer Mischung von Kultur, Dienstleistung, Einzelhandel, Cafes und Galerien sowie einem 25- bis 30-prozentigen Anteil an Wohnungen sein müsse, wobei er anmerke, daß dieser Anteil am ehesten nach dem Entwurf von Hilmer und Sattler erreichbar sei. Zusätzlichen Passagen und kleinen Plazas sowie die Anforderungen des Straßenverkehrs und ÖPNV seien in die Platzgestaltung zu integrieren. Der Forderung nach einer Weiterentwicklung auf dieser Grundlage stimme man zu, nicht jedoch dem, was anschließend der Presse vermittelt worden sei.

Er vermute, auch jedes andere Wettbewerbsergebnis hätte zu einer heftigen öffentlichen Debatte geführt; in einer pluralistischen Gesellschaft könnten sich alle zu Wort melden, auch die Investoren. Diese hätten zugesagt, sich in die stadtplanerischen und Architekturvorgaben der Politik einzufügen, sofern sie nicht völlig unakzeptabel seien. Ihre Beiträge, die über diese grundsätzliche Frage hinausreichten, seien aber wie die anderer zu bewerten. Bei der weiteren Entscheidung habe möglicherweise jedes Ausschußmitglied eine höhere Funktion als der Investor. - Die Kritiker des Verfahrens im Stadtforum wie etwa der AIV hätten später dem Ergebnis zugestimmt. - An diesem zentralen Ort stelle man Weichen für die Zukunft der Stadt. Auch das Bauen oberhalb der Berliner Traufhöhe ermögliche hervorragende Architektur und sei vertretbar. Namens seiner Fraktion fordere er Sen Hassemer und Sen Nagel auf, auf der Grundlage von Hilmer und Sattler die Dinge weiterzuentwickeln.

Abg. Berger hält es für fraglich, ob Abg. Simon namens seiner Fraktion spreche. Es sei insbesondere für die CDU blamabel, wenn diese zentrale Frage der Stadtplanung nach einer Fraktionssitzung mit widersprechenden Presseerklärungen entschieden werde. Eine offene Diskussion sei wünschenswert, aber das Verfahren müsse klar bleiben, damit nicht im Ergebnis die Planung auf die Investoren übergehe, die nicht in erster Linie die Belange der Gesamtstadt verfolgten. - Wie werde Sen Hassemer mit dem Ergebnis des Wettbewerbs umgehen? Wie würden die Empfehlungen der Jury umgesetzt? Die Baumassen hätten einen erdrückenden Charakter und wirkten um den Leipziger Platz geradezu wie ein Gefängnis. In welchem Verfahren werde der Entwurf von Hilmer und Sattler verändert, um die Forderungen hinsichtlich der Verkehrsplanung zu erfüllen? Würden finanzpolitische Folgen aufwendiger Verkehrsprojekte bedacht?

Abg. Kujath (SPD) fordert von Abg. Berger eine Anerkennung des Verfahrens, da er das Ergebnis lobe und sogar den Senator auf

die Empfehlungen der Jury festlegen wolle. - Der Beitrag des Abg. Simon sei aus inhaltlichen und politischen Gründen eindrucksvoll gewesen. Dessen Ausführungen zur Debatte innerhalb der CDU-Fraktion belegten, daß die Gestaltung dieses neuen Zentrums besonders ernst genommen werde. Es spreche für die Stadt Berlin, daß dabei innerhalb der Parteien, Fraktionen und möglicherweise im Senat Konflikte bestünden und hart miteinander gerungen werde. - Die Medien weckten Emotionen, nähmen aber offenbar nicht zur Kenntnis, daß dieser Wettbewerb kein Architekturwettbewerb gewesen sei.

Sen Hassemer habe mit der Verbindung der beiden Stadtteile das grundlegende Kriterium benannt, so daß ein Baukomplex, der alles andere dominiere, problematisch sei. Von der Tendenz her müsse die Maßstäblichkeit eine entscheidende Kategorie bilden, wenn diese auch nicht das Reichstagsgebäude vorgebe. Da die Berliner Traufhöhe nicht fest bestimmbar sei, könne auch deren Einhaltung nicht gefordert werden.

Zwar befriedige das Ergebnis des Wettbewerbs im großen und ganzen, aber die von Seiten der Investoren angebotene Alternative müsse ernst genommen werden. Es sei politisch unklug, ausschließlich das Wettbewerbsergebnis zu übernehmen; vielmehr müßten vor allem die Stadt und die Investoren auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses in einem vernünftigen Dialog gemeinsam eine Lösung finden. Auf den Einwand des Abg. Berger, warum dann ein Wettbewerb ausgerichtet worden sei, entgegnet er, die Politik könne nicht einfach jedes Ergebnis einer Jury übernehmen. Zudem habe Berlin ein Interesse an den Investoren und den entsprechenden Arbeitsplätzen, so daß nicht das Wettbewerbsergebnis und die Empfehlungen zum Dogma werden dürften, sondern der Dialog anhand der bisherigen Maßstäbe fortgesetzt werden müsse. Deshalb appelliere er an Sen Hassemer, auf der bisherigen Linie weiterzumachen.

Abg. M l e c z k o w s k i (FDP) sieht eine für Berlin fast typische Situation, denn die Entscheidung sei gefallen, und die Diskussion beginne. Einige Linien der Wettbewerbsentscheidung seien gegenüber den Investoren auch politisch durchzuhalten, um für Entscheidungen hinsichtlich noch sensiblerer Plätze der Stadt Maßstäbe zu setzen. - Er gebe Abg. Berger recht, daß man bei einem offenen Wettbewerb nicht vor der jetzigen Situation gestanden hätte, da sich etwa der Rogers- oder AIV-Entwurf in eine Wettbewerbshierarchie hätten einordnen müssen. Nun erhalte der Rogers-Entwurf als Quereinsteiger große Aufmerksamkeit, wobei die Investoren größere Finanzmittel als die öffentliche Hand eingesetzt hätten. Ein für 1,6 Mio DM und offenbar mit langer Vorbereitungszeit erstellter Entwurf sei mit denen im Wettbewerb nicht mehr vergleichbar; das sei kein guter, sondern ein unmöglicher Stil, zumal die Investoren während des Preisgerichts in keiner Weise geäußert hätten, daß sie mit dieser Entscheidung nicht leben könnten, wie es später aber in einer Berliner Zeitung geheißen habe. Möglicherweise hätten sich die Investoren von einer Nichteinmischung eine größere öffentliche Wirkung und über Oppositionsparteien einen größeren Druck auf den Senat erhofft.

Die Proportionen zur sog. barocken Stadt und insbesondere zum Brandenburger Tor müßten gewahrt bleiben; stehe z.B. der Reichstag wie ein Spielzeug neben einer möglicherweise insgesamt schönen und

geschlossenen Hochhausarchitektur, entstehe der im Stadtforum formulierte Eindruck, als würde wie auf einer schiefen Ebene hier das Kapital bauen und dort die Demokratie angesiedelt sein. Das Parlament solle deutlich machen, daß am Potsdamer Platz nicht das Kapital, sondern die Demokratie die Stadt plane; allerdings gehe es auch nicht um Politarchitektur.

Die Diskussion in der veröffentlichten Meinung sei wieder in das Parlament und in diesen Ausschuß zurückzuholen; deshalb solle man die Investoren, den Preisträger, einige Kritiker und Befürworter sowie den Auslober des Ideenwettbewerbs des AIV zu einer Anhörung einladen. - Der Rogers-Entwurf bringe gegenüber dem von Hilmer und Sattler keinerlei Vorteil hinsichtlich der Verkehrslösung; im Gegenteil benötige man so nah am Tiergarten keine Kurpromenade, sondern urbanes Leben. Ebenso würden die Dimensionen des Potsdamer Platzes mit den darauf zulaufenden Blockspitzen durch Glasdächer aufgelöst. - Er halte es für eine Vergewaltigung, den Berlinern die Benutzung bestimmter Verkehrsmittel vorzuschreiben, um ein bestimmtes Verhältnis von ÖV zu IV zu erreichen. Die realen Gegebenheiten seien stadtverträglich einzuplanen, nicht aber ideologische Vorgaben über die Entwürfe durchzusetzen. Die Verkehrslösung am Potsdamer Platz müsse urbaner ausfallen, die verkehrspolitischen Vorgaben seien in der vorgeschlagenen Anhörung mit zu diskutieren.

Abg. **W i t t w e r** (CDU) merkt an, bei der Diskussion um einen offenen Wettbewerb sei zu bedenken, daß faktisch selbst denjenigen in der Preisgruppe kaum die vorab geleistete Arbeit bezahlt werde. - Der jetzige Wettbewerb sei nur ein Ausschnitt in einem Diskussionsprozeß, der mit dem Stadtforum begonnen habe und nun weiter gehe. Sen Hassemer könne das Wettbewerbsergebnis nicht als fertige Lösung annehmen; das habe er von ihm auch noch nicht gehört. Verschiedene Aufgaben seien noch nicht gelöst, die Arbeit beginne erst. Hilmer/Sattler hätten in der Darstellung Chiffren vorgegeben, die von dem Investor eine architektonische Ausgestaltung verlangten, auch wenn er sich bislang in der Chiffre nicht wiedererkenne. Die Argumentation eines Vorstandsmitglieds eines Investors im "Tagesspiegel" greife zu kurz, denn Hilmer/Sattler hätten am Potsdamer Platz vier hohe Gebäude für die Firmenausprägung der Investoren vorgesehen; dazu seien nicht unbedingt Hochhäuser nötig.

Die Entscheidung hinsichtlich der Bauhöhe müsse nicht überall in Berlin gelten; es gebe keine einheitliche Berliner Traufhöhe. Die Höhe von 35 oder auch 40 Metern sei im Bereich des Potsdamer Platzes richtig, weil die angrenzenden Bereiche maßstabgebend seien. Für den Leipziger Platz sei zum übernommenen Achteck auch die alte Höhendimension wünschenswert; möglicherweise müßten Hilmer/Sattler hier zwei Stockwerke wegnehmen. - Bei einer Gegenüberstellung der Modelle von Rogers und Hilmer/Sattler sei die verschiedenartige Darstellung zu berücksichtigen; betone ein Modell die Architektur, erziele es damit entsprechende Effekte. Er bezweifle zudem, daß Rogers an einem offenen Wettbewerb teilgenommen hätte, denn die feste Bezahlung für eine Studie sei angenehmer als ein Wettbewerb mit ungewissem Ausgang. - Beispielsweise gebe es auch am Kurfürstendamm, Ecke Fasanenstraße, eine GFZ von 4,2 bzw. in Kürze von über 5, die mit der von Hilmer/Sattler vorgesehenen Dichte vergleichbar sei. - Die Entwürfe von Rogers und Hilmer/Sattler zeigten

in vieler Hinsicht Ähnlichkeiten; es könne nicht um eine Hochhausdiskussion gehen. Man müsse an dem Hilmer/Sattler-Entwurf weiterarbeiten, Korrekturen anbringen und Ideen von Rogers, aber auch anderer aufnehmen.

Abg. M ü l l e r (CDU) möchte zu den von Sen Hassemer angeführten Postulaten - Anknüpfung an die stadträumliche Tradition und Verknüpfung der beiden Stadtteile - ein drittes hinzufügen. Politik, Wirtschaft und Kultur müßten sich architektonisch gleichgewichtig ausdrücken; das sei einer Hauptstadt angemessen. An diesen zentralen Ort Berlins gehöre eine Spitzenarchitektur von internationalem Rang, was aber nicht Hochhausarchitektur bedeuten müsse; das belege beispielsweise die Bebauung des Hafenbeckens in Tegel im Rahmen der IBA. Hochhäuser würden die beiden Stadthälften trennen und sowohl die historischen Bauten der alten Mitte, das Kulturforum und den Reichstag klein erscheinen lassen. Unternehmen dürften sich nicht auf Kosten von Politik und Kultur Denkmäler setzen. Der Entwurf von Hilmer und Sattler löse diese Postulate am ehesten ein, wobei er nicht bereits als Optimum anzusehen sei, sondern der Überarbeitung und Modifikation bedürfe. Er bilde die Diskussionsgrundlage für die weitere Entwicklung der Stadt in diesem Bereich.

Stellv. Vors. Dr. H e i d e sieht die Ursache der Kritik am Wettbewerbsergebnis nicht in fehlenden Hochhäusern; vielmehr werde ein spektakulärer Entwurf vermißt, der gleichzeitig ein hohes Maß an Praktikabilität biete. Das sei jedoch kaum von einem solchen Wettbewerb zu erwarten, da es beispielsweise für bedeutende Architekten einfacher sei, sich mit einer Auftragsarbeit neben das Wettbewerbsergebnis zu stellen und dem Zerreden in einem Wettbewerb zu entgehen. Gerade spektakuläre Entwürfe seien letzterem ausgesetzt und könnten sich so kaum durchsetzen. - Zu recht ziele die Kritik auf die Blockbildung; es sei fraglich, ob diese Blöcke architektonisch aufgerissen werden könnten. Ferner präjudiziere die Gestaltung des Potsdamer/Leipziger Platzes die gesamte Gestaltung der Berliner City, so daß auch hierfür Entscheidungen zu treffen seien. Verstreute höhere Häuser seien weniger verträglich als eine einheitliche Massierung an diesem Punkt.

Abg. B e r g e r betont, daß Entscheidungen eines Preisgerichts zu respektieren seien und nicht der Sieger mit dem Planer eines anderen Entwurfs einen dritten zu "basteln" habe, wie das Abg. Kujath scheinbar erwarte. Verschiedene Grundkonzeptionen seien nicht einfach kombinierbar. Diese Beliebigkeit mache eine demokratische Stadtplanung unmöglich. Selbstverständlich könne der Entwurf von Hilmer und Sattler nicht dogmatisch übernommen werden, sondern sei weiter daran zu arbeiten. Er vermisse allerdings eindeutige Aussagen des Senators, in welchem Sinn er an diesem Entwurf arbeiten wolle. Lasse die Nichtbeantwortung seiner Fragen darauf schließen, daß er diesbezüglich keine Vorstellungen habe?

Sen Dr. H a s s e m e r sieht in bezug auf die Diskussion im Ausschuß viele inhaltliche Gemeinsamkeiten, sie sei für ihn außerordentlich ermutigend. Eine Jury-Entscheidung hebele nicht die demokratischen Instanzen aus, weder die des Abgeordnetenhauses noch die des Senats. Der Senat werde sich Mitte November über dieses Wettbewerbsergebnis abschließend verständigen, er bereite sich gegenwärtig gründlich auf diese Entscheidung vor; das schließe auch

den Respekt vor der Jury-Entscheidung ein. - Nach seinem Eindruck habe niemand im Ausschuß seine grundsätzliche Position inhaltlich kritisiert. Er arbeite auf der Grundlage des Entwurfs von Hilmer und Sattler an dessen Verbesserung, und zwar in der von der Jury vorgegebenen Wegrichtung. Das eigentliche Problem sei die großstädtische Massierung, die im Hinblick auf eine stärkere Profilierung kritisch bedacht werden müsse. Gegenwärtig erarbeite man, welche Profilierung die Freiräume des Entwurfs erlaubten.

Hilmer und Sattler hätten die Profilierung der Gebäude am Potsdamer Platz gewagt und damit große Räume eröffnet, während Rogers seine ebenso hohen Gebäude zum Kulturforum hin placiert habe, was aber bei ähnlichen Entwürfen im Wettbewerb weniger Anklang gefunden habe. In der Erörterung zwischen Hilmer/Sattler, den Investoren, Helfern aus der Jury und anderen Wettbewerbern müsse die Profilierung im einzelnen herausgearbeitet werden. Von entscheidender Bedeutung sei es, daß die Investoren ihre Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung der Blöcke mit Hilmer/Sattler erörterten; man mache sich nicht von den Investoren abhängig, wenn man deren Absichten nachgehe, um diesen Ort zu beleben. Die Investoren hätten mit Rogers ein qualifiziertes Sprachrohr, dessen Sachkunde genutzt werden müsse; z.B. eröffne dessen auf Hahn und Dornier beruhendes ökologisches Konzept gute Möglichkeiten. Der Entwurf von Hilmer und Sattler werde dabei nicht verlassen, sondern optimiert. Das werde ein anstrengendes Verfahren, was Hilmer und Sattler auch wüßten, denn es müßten mehr Funken herauskommen, als diese an Feuer hineingelegt hätten. Das sei der ordentliche Weg, der nach dem Wettbewerbsergebnis anstehe.

Stellv. Vors. Dr. H e i d e stellt Einvernehmen fest, daß in der folgenden Sitzung die von der FDP-Fraktion beantragte Anhörung stattfinden solle.

Punkt 10 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV
über Rettung des Brandenburger Tores
- Drs 12/638 -
und Änderungsantrag der Fraktion der FDP
- Drs 12/638-1 -

vertagt.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

siehe Beschluß-Protokoll.

Schluß: 18.12 Uhr